

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — In Preußen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Leipziger Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insetionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Spanien. (2 Paris.) — **Großbritannien.** — **Frankreich.** (** Paris; * Paris.) — **Deutschland.** (+ München; Karlsruhe; Hamburg.) — **Preußen.** (1 Berlin; 0 Halle; ** Posen.) — **Italien.** (Rom.) — **Moldau und Walachei.** (Von der türkischen Grenze; * Von der walachischen Grenze.) — **Türkei.** (Konstantinopel; ∇ Konstantinopel.) — **Vereinigte Staaten von Nordamerika.** (+ Newyork.) — **Saati.** — **Handel und Industrie.** (* Hamburg.) — **Erfindungen.**

Spanien.

4 Paris, 25. Jul. Die heute eingetroffenen Nachrichten aus Madrid zeugen dafür, daß die vierzigstägige Trauer des spanischen Hofes um den Herzog von Orleans nicht ohne einen gewissen politischen Nebenweck angeordnet sei. Sie melden nämlich, daß der spanische Regent ein eigenhändiges Beileidschreiben an Ludwig Philipp abgesendet hat, in welchem er stark auf das Spanien und Frankreich gemeinschaftliche Interesse eines guten Einverständnisses hindeutet. Man fügt hinzu, daß außerdem von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Almodovar, bereits positive Schritte zur Wiederherstellung eines völlig normalen Zustandes der diplomatischen Verbindungen zwischen den Cabineten von Madrid und Paris geschehen seien. — Am 17. Jul. Abends 8 Uhr ist der Herzog von Cadix, der älteste Sohn des Infanten Don Francisco de Paula, mit einer Bedeckung von 12 M. in Madrid eingetroffen. Das halboffizielle Blatt, welches seine Ankunft ankündigt, fügt hinzu, daß der Prinz nur ganz kurze Zeit in der Hauptstadt verweilen und seine Aeltern binnen wenigen Tagen ins Bad begleiten werde. — Das „Pronunciamiento“ der madrider Seher, wie die madrider Blätter es nennen, dauert noch immer fort, doch scheinen jetzt wieder Aussichten auf die baldige Beseitigung der Schwierigkeiten zwischen Druckherren und Arbeitern vorhanden zu sein. — Das Obertribunal von Madrid hat am 14. Jul. in der Sache des Bischofs von Plasencia gesprochen, welcher wegen zweier am 31. Mai und am 15. Aug. v. J. an den Regenten gerichteten Denkschriften in Anklagestand versetzt war. Der Gerichtshof erklärt, daß der Prälat in jenen Schreiben „gegen die der höchsten weltlichen Gewalt schuldige Achtung gefehlt, indem er die rechtmäßigen Attribute derselben bestritten und ihre rechtmäßigen Handlungen angegriffen, und indem er die päpstliche Allocution vom 1. März, im Widerspruch mit den in Bezug auf dieselbe erlassenen königl. Decreten, unterstüzt habe.“ Demgemäß wird der Bischof von Plasencia zu einer zweijährigen Confinierung in irgend einem von der Regierung zu bestimmenden Orte der Provinz Cadix verurtheilt und ihm zugleich für den etwaigen Rückfall eine härtere Strafe angedroht. — In Barcelona ist am 18. Jul. der Jahrestag des Aufstandes gegen das Ministerium Perez de Castro gefeiert, durch welchen der Septemberrevolution mächtig vorgearbeitet wurde. In einem Aufrufe des Ayuntamiento, welcher die Bürger zur Theilnahme an dieser Feier einladet, heißt es: „Jene großen Ereignisse haben freilich bis jetzt noch nicht alle jene positiven Wirkungen hervorgebracht, welche das Volk sich von ihnen versprach, allein wir dürfen noch keineswegs an denselben verzweifeln, so lange Niemand den Barcelonensern den Ruhm streitig macht, daß sie die Ersten waren, welche den Handschuh aufnahmen, die sich Kühn in die Kampfbahn stürzten und die der drohenden Gefahr ins Gesicht zu sehen wagten.“ Die auf den 18. Jul. zur Musterung einberufene Nationalgarde fand sich indessen nicht zahlreich ein, und ebenso war der Zudrang der Neugierigen sehr mäßig. Die Ursache davon wird von den barcelonenser Blättern in dem Umstande gesucht, daß der Tag ein Werttag und der zur Parade gewählte Platz den grellsten Sonnenstrahlen ausgelegt war. Die übrigen Theile des Festprogramms, Musik, kirchliche Ceremonien, Erleuchtung u. s. w., sagt der Constitucional, würden in der größten Ordnung und Fröhlichkeit ausgeführt worden sein, wenn nicht ein unangenehmes Ereigniß vorgefallen wäre, welches sehr schlimme Folgen hätte haben können. Welcher Art dieses Ereigniß gewesen, darüber gibt der Constitucional bis jetzt keine weitere Andeutung. — Die catalonischen Banden werden mit Nachdruck verfolgt und dem Anscheine nach bald alle über die französische Grenze zurückgetrieben sein; denn was ihre Vernichtung betrifft, so scheint diese Aufgabe über das Talent der Führer der königl. Truppen hinauszugehen. Alle Tage hört man von Hinrichtungen von Bürgern und Bauern, welche den Carlisten diesen oder jenen Vorschub geleistet, dagegen sind aber die

Beispiele von Mitgliedern der Banden selbst, die den Truppen in die Hände fallen, äußerst selten. Der General Zurbarano, überzeugt, daß man dem Bandenumfuge hauptsächlich durch indirecte Mittel wirksam entgegenarbeiten könne, hat einen Armeebefehl erlassen, in welchem er jedes Individuum mit dem Tode bedroht, welches den Banditen für seine Befreiung aus ihren Händen irgend ein Lösegeld zahlt. Diefelbe Strafe soll Denjenigen treffen, welcher den Angehörigen der von den carlistischen Räubern Gefangenen mündliche oder schriftliche Aufträge zur Herbeischaffung solcher Lösegelder überbringt, oder der sich sonst bei den Unterhandlungen zu diesem Zwecke gebrauchen läßt.

Großbritannien.

London, 24. Jul.

In der Sitzung des Unterhauses am 22. Jul. wurde die Bill über die Verlängerung der Gültigkeit des Armengesetzes zum dritten Male verlesen und angenommen, nachdem ein Antrag auf Verwerfung derselben mit 103 gegen 30 Stimmen abgelehnt worden war. Darauf wiederholte Hr. Gibson den jetzt fast täglich in der einen oder der andern Form gestellten Antrag auf eine Untersuchung des im Lande herrschenden Nothstandes, und da die Minister alle Reden, welche die Radicale darüber hielten, gänzlich unbeantwortet ließen, stellten diese bald darauf den Antrag, die Verhandlungen zu vertagen. Dies führte zu einer sehr stürmischen Scene, indem Sir R. Peel nachwies, daß alle diese Reden nur Wiederholungen wären, und also keine genügende Veranlassung darböten, die schon öfter ausgesprochene Ansicht der Minister von neuem darzulegen. Es fragt sich, rief Sir R. Peel aus, ob die Entscheidungen der Majorität gelten sollen oder ob die Minorität es in ihrer Gewalt haben soll, durch fortwährende Wiederholungen und beständige Anträge auf Vertagung der Verhandlungen die Erledigung aller Geschäfte zu verhindern. Die bedeutendsten Mitglieder der Opposition erklärten sich ebenfalls gegen das chicanöse Verfahren der Radicale. Die Vertagung wurde mit 108 gegen 33 und Hr. Gibson's Antrag darauf mit 156 gegen 64 Stimmen verworfen. — Wieder ein Abend ist angeblich auf die Erörterung der Noth im Lande verwendet worden. Wir hegen wenig Theilnahme für diejenigen Herren, welche diese Noth, sei sie groß oder klein, zu einem Gegenstande bloßer Parteidreden machen und zu einer Gelegenheit, den Anträgen der Regierung, die ihnen nicht gefallen, Hindernisse in den Weg zu legen. Daß dies der Zweck der Anträge von den H. Duncombe und Gibson ist, läßt sich zum Theil errathen, wenn man auf die Ergebnisse dieser Anträge blickt, die von der Partei, welche dieselben unterstüzt, mit dem größten Triumph aufgenommen werden. Von derselben Art war Lord Palmerston's Rede, die seinen Freunden Veranlassung zu einer nicht geringen Selbstzufriedenheit geworden ist, und die in der That, wie die meisten Reden dieses edlen Lords, die geschickte Darstellung eines schlauen und gewandten Politikers, der beinahe jetzt zum ersten Mal in seinem ganzen Leben ohne Amt ist, und alle die Schlaueit, die er in geschäftigern Tagen anwenden mußte, um sich aus den Verlegenheiten herauszuhelfen, in die ihn seine Sorglosigkeit gestürzt hatte, nun in Gestalt von Angriffen benutzen kann. Allein der Zusammenhang von Lord Palmerston's Rede und dem angeblichen Zwecke von Hr. Duncombe's Antrag ist eine erbauliche Probe von dem Ernst, mit dem solche Anträge gewöhnlich vorgebracht werden. Hr. Duncombe's angeblicher Zweck war: „wo möglich Ihr. Maj. Minister zu nöthigen, im Fall keine entscheidende Besserung in der Lage des Volks eintrete, das Parlament Ende October wieder zu versammeln.“ Hr. Duncombe und dessen Freunde hielten es für wahrscheinlich, daß zu der Zeit das Volk unmittelbaren und drückenden Mangel leide, und daß die Zusammenberufung des Parlaments gegen dieses unmittelbare Leiden ein „rechtzeitiges und genügendes Hülfsmittel“ gewähren könnte, daß wenigstens im Bereiche dieser Körperschaft die Macht liege, das drückende Uebel zu mildern. Die Wahrscheinlichkeit dieser großen Noth und die besondere Fähigkeit des Parlaments, ihr abzuhelfen, waren die beiden Punkte, die offenbar in Hr. Duncombe's Antrage lagen. Blicken wir jetzt auf die „flegreiche“ Rede, welche darüber gehalten wurde. Die erste Hälfte dieser Rede beschäftigte sich mit Spötkereien über die ministerielle Partei wegen ihres Stillschweigens, über Hr. d'Israeli

Sachsen.
el wurde
gewährt.
den Land-
en Wahl-
Capitain-
mit dem
Groß-
nd Graf
ogs Rai-
Hofinten-
in.
Fahr-
en neuen
n Com-
ul. ging
ach dem
b. 3.)
er ermit-
beträgt
um fünf-
nicht auf
othaer
te Kate
Meinem
geworfene
Speizr
Bank
oc., bei
ingelnen
der Ges-
g. Ber-
usschlag
icht des
h ihnen
gehabt
Frdr.
25 Kr.;
1957;
50 Fl.
5 Fl. E.
05. 95;
Paris,
Ge-
sacht.
100%
103 1/2
100
100 1/2
103 1/2
113 1/2
99 1/2